I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur Niederschrift über die öffentliche 05./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 28.10.2015, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

		Seite
1.	Einrichtung einer Sprechstunde des Integrationsrates	3 - 4
2.	Sachstandsbericht zur Asylbewerbersituation in Kleve	4 - 5
3.	Mitteilungen	
	a) AG Notunterkunft	5
4.	Anfragen	
	a) Flüchtlinge in Nimwegen	6
	b) Bericht über die Arbeit des Integrationsrates in Emmerich	6
	c) Budget des Integrationsrates	6
	d) VHS-Schulung des Integrationsrates	6
	e) Visitenkarten	6

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche 05./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 28.10.2015, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz des
Herrn Ezer, Hüseyin
sind anwesend die Stadtverordneten:

Gietemann, Josef	SPD
Goertz, Heinz	Offene Klever
Heyrichs, Michael	CDU
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ab 17.18 Uhr TOP 1.

im Rahmen der Integrationsratswahl gewählte Mitglieder:

Kizilkaya, Ünver	ab 17.20 Uhr TOP 1.
Weber, Julia	
Zigan, Paul	für Kizilkaya, Ünver bis 17.20 Uhr
Balli, Nuray	
Overkamp, Lambertus	
Berg, van den, Anna	
Dußling, Jürgen	für Pisarek, Wladyslaw
Giessen-Kleuters, van der, Mariska	ab 17.10 Uhr TOP 1.
Kostiw, Lilli	
Sinderen, van, Johannes	für Giessen-Kleuters, van der, Mariska bis 17.10 Uhr TOP 1.

beratenden Mitglieder:

Delbeck, Eva-Maria	
Teigelkötter, Friedrich	CDU
Boskamp, Heinz	SPD
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Nicht anwesend:

Maaßen, Manfred	CDU
Delbeck, Eva-Maria	
Pisarek, Wladyslaw	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing
Verwaltungsdirektorin Keysers
Amtsrat Erps
Tariflich Beschäftigter Kunders
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Integrationsratsvorsitzender Ezer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

Bürgermeisterin Northing begrüßt die Anwesenden ebenfalls, freut sich auf ihre erste Sitzung als Bürgermeisterin und appelliert an die Mitglieder, bei der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der Integration, die ihr ein großes Anliegen sei, zusammen zu arbeiten.

Anmerkungen zur Tagesordnung und zur Niederschrift der letzten Sitzung ergeben sich nicht.

Bezug nehmend auf die Beratung des Antrags der SPD-Fraktion auf Einstellung eines Sozialarbeiters in der vergangenen Sitzung des Integrationsrates entschuldigt sich StV. Gietemann für das offenbar entstandene Missverständnis, was die Behandlung des Antrags angehe. Er habe den Antrag im Vorfeld der Sitzung des Sozialausschusses noch einmal in der Fraktion besprochen und im Sinne der Integration von Migranten und Flüchtlingen weitere Gespräche geführt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Johannes van Sinderen durch den Vorsitzenden Herrn Ezer nach Verlesen der Verpflichtungsformel "Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde!“ per Handschlag verpflichtet.

1. Einrichtung einer Sprechstunde des Integrationsrates

Verwaltungsdirektorin Keysers trägt die zu beachtenden Rahmenbedingungen für die Durchführung einer Sprechstunde vor. Sie empfiehlt, die Sprechstunde aufgrund des Sitzungskalenders am Montag, mit Blick auf die Barrierefreiheit im Sitzungszimmer Nr. 005 in der Zeit von 15 Uhr bis 16.30 Uhr durchzuführen. Den Integrationsmitgliedern könne während der Sprechstunde ein Internetzugang zur Verfügung gestellt. Die Sprechstunde würde mittels Pressemitteilung und über das Internet bekanntgemacht.

Integrationsratsmitglied Overkamp berichtet, dass der Integrationsrat in Emmerich eine solche Sprechstunde bereits seit einigen Jahren durchführe und diese sehr gut angenommen werde.

StV. Goertz wirft die Frage auf, ob solche Beratungsmöglichkeiten nicht bereits vorhanden seien.

Bürgermeisterin Northing führt aus, dass mit dem Caritasverband ein Betreuungsvertrag geschlossen worden sei. Darüber hinaus sollten durch die vom Integrationsrat gebildete Arbeitsgruppe, die vorhandenen Betreuungsangebote erfasst und zusammengeführt werden. Zum kommenden Treffen der Arbeitsgruppe würden daher auch die Herren Gerding vom Caritasverband und Ruffmann von der VHS eingeladen. Sie verweist weiter auf den Beratungswegweiser Soziales, der künftig online zur Verfügung stehen werde. Durch die Sprechstunde des Integrationsrates könne den Betroffenen eine erste Anlaufstelle geboten und sie willkommen geheißen werden.

Integrationsratsmitglied Weber stellt klar, dass durch die Sprechstunde keine Rechtsberatung erfolgen solle und auch nicht könne. Es gehe vielmehr darum, im

persönlichen Kontakt mit den Betroffenen zu erkennen, welche Dinge sie bewegten, um sie an die richtigen Institutionen weiter verweisen zu können.

Tariflich Beschäftigter Kunders merkt an, dass sich aus dieser Beratungstätigkeit des Integrationsrates auch weitere Handlungsfelder für die künftige Arbeit entwickeln könnten.

Im Weiteren stimmen die Integrationsratsmitglieder die Durchführung der Sprechstunde ab und fassen einstimmig folgenden Beschluss:

Der Integrationsrat führt zunächst an jedem 1. Montag eines Monats eine Sprechstunde in der Zeit von 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr unter Beteiligung von zwei Integrationsratsmitgliedern im Interimsrathaus - Zi. 005 durch. Die erste Sprechstunde findet am 07.12.2015 mit StV. Heyrichs und StV. Gietemann statt.
Bei Bedarf wird die Sprechstunde auf 2 Termine im Monat ausgeweitet.

Die folgenden Mitglieder des Integrationsrates haben sich zur Beteiligung an der Sprechstunde einverstanden erklärt:
Lambertus Overkamp, Nuray Balli, Anna van den Berg, Paul Zigan, Heinz Goertz, Josef Gietemann, Susanne Siebert, Ünver Kizilkaya, Michael Heyrichs, Lilli Kostiw, Jürgen Dußling, Johannes van Sinderen, Julia Weber, Hüseyin Ezer

Hinweis zum Protokoll:
Die zweite Sprechstunde wird aufgrund entsprechender Mitteilung an die Geschäftsstelle des Integrationsrates am 04.01.2016 von Frau Weber und StV. Siebert durchgeführt. Für die Sprechstunde im Februar stehen ebenfalls StV. Siebert und Frau van den Berg zur Verfügung.

2. Sachstandsbericht zur Asylbewerbersituation in Kleve

Amtsrat Erps erläutert zunächst den statusrechtlichen Unterschied zwischen Asylbewerbern und Flüchtlingen. Er trägt weiter zur Entwicklung der Asylbewerbersituation in Kleve vor. Zum 01.10.2015 hätten 380 Asylbewerber in Kleve gelebt. Zur Flüchtlingssituation teilt er mit, dass aktuell 142 Flüchtlinge in der Turnhalle untergebracht seien, die allerdings morgen registriert und anderen Kommunen zugewiesen würden. In der Regel folgten dann 150 neue Flüchtlinge, die in der Turnhalle unterzubringen seien. Die genauen Informationen erhalte die Verwaltung aber meist erst sehr kurzfristig. Der Austausch der Flüchtlinge werde federführend vom Betreuungsverband Internationaler Bund begleitet. Insgesamt seien bereits 642 Personen in der Turnhalle untergebracht gewesen.

Beratendes Mitglied StV. Boskamp fragt nach der finanziellen Unterstützung des Landes hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung, stellv. Integrationsratsmitglied Dußling nach der Belastungsquote unterschieden nach Asylbewerbern und Flüchtlingen und einer möglichen Tendenz und beratendes Mitglied Teigelkötter möchte wissen, ob es richtig sei, dass die Bezirksregierung 670 € pro Person vom Bund erhalte.

Amtsrat Erps antwortet, dass mit der Bezirksregierung mittlerweile monatlich spitz abgerechnet werde und die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung in voller Höhe von der Bezirksregierung erstattet würden.

Bürgermeisterin Northing ergänzt, dass die Erstattungsquote im Asylbereich bei lediglich 25 bis 30 % liege. Zwar hätten Bund und Land angekündigt, mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, ein offizieller Bescheid liege aber noch nicht vor. Diese Thematik werde in den

Etatberatungen aufgegriffen. Durch die Einrichtung einer Notunterkunft für Flüchtlinge seien Kosten gespart worden, da dadurch die reguläre Zuweisungsquote gehemmt werde. Wie lange dies allerdings noch der Fall sei, vermag die Verwaltung nicht zu beurteilen. Es könne aber wöchentlich mit neuen Zuweisungen gerechnet werden.

StV. Siebert erkundigt sich, wie die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge betreut würden. Sie möchte auch wissen, ob eine weitere Notunterkunft geplant sei.

Tariflich Beschäftigter Kunders antwortet, dass sie gemäß SGB VIII vom Jugendamt betreut würden. Es würden nach wie vor Familien gesucht, die die minderjährigen Flüchtlinge bei sich aufnehmen. Die Kinder würden unmittelbar in die Obhut des Jugendamtes gelangen und nicht in der Notunterkunft untergebracht.

Hinweis zum Protokoll:
Am 18.11.2015 werden 36 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge vom Jugendamt betreut. Die Höchstzahl lag bei 40 Personen.

Auf die Frage nach einer weiteren Notunterkunft teilt Bürgermeisterin Northing mit, dass sich der Kreis stellvertretend für die Kommunen mit Blick auf die Unterbringungssituation im Kreisgebiet dafür ausgesprochen habe, dass zunächst andere Kommunen in der Verantwortung seien. Die Verwaltung habe dennoch weitere Gebäude besichtigt. Da die normale Zuweisung von Asylbewerbern bald wieder anlaufen dürfte, sei eine weitere Notunterkunft auch aus finanzieller Sicht in Erwägung zu ziehen.

StV. Gietemann berichtet, dass er einer Einladung der Einrichtung Anna-Stift gefolgt sei, um sich über die dortige Unterbringung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge ein Bild zu machen. Ihn habe das Programm überzeugt. Aus diesem Grund halte er es für überlegenswert, in wieweit eine Betreuung auch nach Erreichen der Volljährigkeit vorgenommen werden könne.

Tariflich Beschäftigter Kunders weist auf die Problematik dahingehend hin, dass das SGB VIII auch eine sozialpädagogische Betreuung vorsehe, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aber ausschließlich der Lebensunterhalt sicherzustellen sei, so dass alle darüber hinausgehenden Leistungen von der Stadt zu zahlen seien.

Bürgermeisterin Northing macht deutlich, dass die Betreuung der jungen Erwachsenen nicht mehr Aufgabe der Stadt sei und ggf. das Ehrenamt oder andere Institutionen diese Aufgabe übernehmen könnten.

Beratendes Mitglied Delbeck macht ebenfalls deutlich, dass die Bewältigung des Flüchtlingsstroms eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei und nur gemeinsam geleistet werden könne.

Integrationsratsvorsitzender Ezer berichtet von seinen ersten Jahren als Asylbewerber in Deutschland. Seitdem habe sich viel getan und die Unterstützung aus der Bevölkerung sei enorm gestiegen. Er meine, dass der Kreis Kleve viel Gutes leiste und es auch Aufgabe sei, diese Menschen zu schützen.

3. **Mitteilungen**

a) AG Notunterkunft

Tariflich Beschäftigter Kunders berichtet über die Arbeit der AG Notunterkunft.

4. **Anfragen**

a) Flüchtlinge in Nimwegen

StV. Gietemann teilt mit, dass in Nimwegen, wo 3.000 Flüchtlinge lebten, eine Kommission gebildet worden sei, die ethnische Minderheiten betreue. Er fragt, ob Interesse bestehe, sich die Arbeit dieser Kommission vor Ort anzuschauen, um ggf. von den Erfahrungen profitieren zu können.

Verwaltungsdirektorin Keysers sagt die Unterstützung der Verwaltung zu.

b) Bericht über die Arbeit des Integrationsrates in Emmerich

Integrationsratsmitglied Weber möchte wissen, ob es möglich sei, die Vorsitzende des Integrationsrates in Emmerich zu einer der kommenden Sitzungen einzuladen, damit ein Austausch über die Arbeit stattfinden könne.

Die Verwaltung sichert dies in Abstimmung mit dem Vorsitzenden Herrn Ezer zu.

c) Budget des Integrationsrates

Integrationsratsmitglied Weber fragt, wie viele Mittel aus dem Budget des Integrationsrates noch zur Verfügung stünden.

Antwort zum Protokoll:
500 € stehen noch zur Verfügung.

d) VHS-Schulung des Integrationsrates

Integrationsratsmitglied Weber fragt nach, wann die schon einmal thematisierte Schulung für den Integrationsrat durch die VHS stattfinde.

Beratendes Mitglied Delbeck antwortet, dass das Basisseminar am 31.10.2015 bei der VHS Dinslaken stattfinde.

e) Visitenkarten

Integrationsratsmitglied Kizilkaya fragt nach den Visitenkarten.

Verwaltungsdirektorin Keysers erklärt, dass diese bei Bedarf erstellt würden. Die Verwaltung habe zunächst die Beratungen zur Sprechstunde abwarten wollen, um diese Information auf den Visitenkarten mit aufzunehmen. Außerdem würden entsprechende Informationen in den Asylbewerberheimen ausgehängt.

Ende der Sitzung: 18.23 Uhr

(Ezer)
Vorsitzender

(Berns)
Schriftführerin